

Das Home-Office stirbt nicht aus

Amazon, SAP, Deutsche Bank: Sie alle holen ihre Mitarbeiter zurück ins Büro. Doch Zahlen zeigen, das ist nicht das Ende der Heimarbeit – hinter der neuen Präsenzpflcht steckt oft ein ganz anderes Kalkül.

Von Kerstin Bund und Simon Groß

Die Pandemie ist längst vorbei, doch Hunderttausende Arbeitnehmer nutzen nach wie vor die Vorteile des Home-Office: in der Früh eine Runde spazieren gehen, zwischendurch die Wäsche aufhängen oder das Kind zum Fußballtraining bringen, und sich morgens wie abends die lästige Pendelei zum Büro sparen – Stau, was war das noch gleich? Doch in Zukunft könnte es morgens wieder heißen: Ab in die S-Bahn oder zurück ans Steuer, denn immer mehr Unternehmen wollen ihre Mitarbeiter wieder im Büro sehen. Das jedenfalls ließen zuletzt die Chefs mehrerer Konzerne verlauten.

Selten ging es um so rigorose Maßnahmen, wie sie Amazon gerade angekündigt hat: Andy Jassy, Chef des US-amerikanischen Digitalkonzerns, hatte vergangenen Montag seinen Mitarbeitern per E-Mail mitgeteilt, dass sie von nächstem Jahr an wieder an allen fünf Arbeitstagen ins Büro kommen müssen. Jassy begründete seine Forderung mit den üblichen Verweisen auf das Zusammengehörigkeitsgefühl, das gewiss darunter leidet, wenn einem die Kollegen nur als Kachel auf dem Computer begegnen. Die neue Regelung betrifft weltweit mehr als 350 000 Menschen in der Verwaltung. Bislang durfte man bei Amazon an zwei Tagen die Woche von zu Hause arbeiten.

Beschäftigte verbringen hierzulande 17 Prozent ihrer Arbeitszeit zu Hause

Für manche deutsche Unternehmen war es dagegen schon ein großer Schritt, zu einer Präsenzquote zurückzufinden, die der bislang gültigen Regelung bei Amazon entspricht. Das Software-Unternehmen SAP etwa forderte seine Mitarbeiter Anfang des Jahres dazu auf, wieder mindestens an drei Tagen ins Büro kommen. Gleiches hatte die Deutsche Bank von ihrer Belegschaft verlangt, Führungskräfte sollten sogar mindestens vier Tage die Woche anwesend sein. Ähnliche Vorstöße gab es bereits Ende vergangenen Jahres bei Volkswagen und der Deutschen Telekom. Ist die große Zeit des flexiblen Arbeitens viereinhalb Jahre nach Beginn der Pandemie schon wieder vorbei? Ist endgültig Schluss mit der Home-Office-Gemütlichkeit?

Sieht man sich an, wie die Beschäftigten in Deutschland insgesamt arbeiten, also jenseits der Zentralen von Amazon, SAP oder Deutscher Bank, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild. Laut den jüngsten Daten des Ifo-Instituts vom September, die auf der Konjunkturumfrage unter rund 9000 Unternehmen basieren, arbeitet knapp jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland zumindest zeitweise im Home-Office (23,4 Prozent). Der Wert liegt nur knapp unter dem letzten Wert vom Februar (24,1 Prozent). „Die Home-Office-Quote ist nahezu stabil geblieben in den vergangenen Jahren“, sagt Ifo-Forscher Jean-Victor Alipour. Der vergleichsweise niedrige Wert erklärt sich damit, dass alle Beschäftigten der Wirtschaft erfasst sind, also auch jene, die in der Industrie, der Gastronomie oder auf dem Bau arbeiten. Die Mechanikerin, der Dachdecker, die Kellnerin – sie hatten nie die Möglichkeit, von zu Hause zu arbeiten.

Beschäftigte verbringen hierzulande im Schnitt 17 Prozent ihrer Arbeitszeit zu Hause – in kleinen und mittelständischen Unternehmen ist es etwas weniger, in Konzernen etwas mehr Zeit. Auch hier beobachten Experten keine Verschiebungen. „Der Umfang von Home-Office ist gegenüber dem Vorjahr unverändert“, sagt Alipour. Einen Trend, der zurück ins Büro geht, sieht der Forscher nicht. Im Gegenteil: *Return to office* sei vielmehr „ein Hype“, der sich durch empirische Daten nicht untermauern lasse. Die Wahrnehmung sei verzerrt durch prominente Beispiele wie Amazon oder SAP. „In der Breite sehen wir keine Trendumkehr“, so Alipour.

Zum selben Schluss kommt eine repräsentative Umfrage des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung



Mut zur Wut: Mitglieder der Amazon-Gewerkschaft „Amazon Labor Union“ (ALU) protestierten bereits 2022 in New York City gegen ihren Arbeitgeber. Und jetzt?

FOTO: MICHAEL M. SANTIAGO / AFP

unter 1200 deutschen Unternehmen im Juni: Demnach gebe es „keine Anzeichen“ dafür, dass Unternehmen von ihren Home-Office-Angeboten abrückten. Im Gegenteil gehen die Firmen in den kommenden zwei Jahren von einem „weiteren Anstieg der Home-Office-Nutzung“ aus.

Darauf deuten auch aktuelle Stellenausschreibungen hin. Das Münchner Ifo-Institut hat seit 2014 Millionen Online-Stellenanzeigen in Deutschland ausgewertet. Waren 2019, im Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie, lediglich zwischen zwei und fünf Prozent mit der Möglichkeit zur Heimarbeit, waren es zuletzt mehr als 20 Prozent – das ist der höchste Wert seit Beginn der Erhebung. Geht man davon aus, dass Stellenanzeigen die Arbeitsplätze von morgen beschreiben, dann spricht das eher nicht für ein Ende des Home-Office. Ökonomin Alipour ist sich sicher: „Die Uhren werden nicht auf 2019 zurückgedreht.“

Eine Veränderung hat Alipour allerdings ausgemacht. „Die Home-Office-Modelle sind inzwischen stärker strukturiert.“ Damit meint er, dass viele Unternehmen darauf achten, dass die Mitarbeiter, wenn sie ins Büro kommen, sich dort auch persönlich begegnen, in einem Team-Meeting oder einer Brainstorming-Runde. Es gibt dann einen festen Präsenztage oder bestimmte Zeiten, zu denen die Beschäftigten anwesend sein sollen. Heimarbeit ist also nicht mehr ständig und jederzeit möglich. „Die Flexibilität geht zurück, nicht aber der Umfang von Home-Office“, sagt Alipour.

Steckt hinter mancher Bürospflicht vielleicht noch ein anderes Kalkül? In derselben Mail an die Mitarbeiter, in der Amazon-Boss Andy Jassy Schluss mit Home-Office machte, kündigte er an, dass mittlere Management verschlanken zu wollen. Künftig soll ein Teamleiter mehr Leute unter sich haben, was im Umkehrschluss bedeutet, dass es künftig weniger Teamleiter geben soll. Bereits 2023 hatte Amazon 27 000 Stellen gestrichen. Und so fragen sich manche Beschäftigte nun, ob es bei Amazons Zurück-ins-Büro-Offensive in Wahrheit darum geht, weiter Personal abzubauen.

Auch SAP möchte Stellen streichen. Weltweit sollten es eigentlich 8000 sein. Doch weil das Abfindungsprogramm besser angenommen werde als gedacht, könnten bis zu 10 000 Mitarbeiter bis zum Ende des Jahres gehen, schätzte Vorstandschef Christian Klein im Juli. Vor besonders großen Problemen steht inzwischen der VW-Konzern. Der größte Autobauer Europas hat gerade seine seit 1994 geltende Beschäftigungssicherung aufgekündigt, es drohen betriebsbedingte Kündigungen und erstmals Werksschließungen in Deutschland.

Die Rückkehr-ins-Büro-Appelle kämen nicht selten von Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, hat Ifo-Forscher Alipour beobachtet. Diesen Eindruck unterstützt eine Studie der Universität von Pittsburgh, die die Home-Office-Regeln der größten US-Börsenunternehmen ausgewertet hat: Demnach erwarten Chefs durch schärfere Home-Office-Regeln nicht unbedingt bessere Arbeitsergebnisse. Sie nutzten die Präsenzpflchten vielmehr als „Machtmittel“ und dafür, Beschäftigte für eine „schwache Leistung“ verantwortlich zu machen. Die Studienautoren kommen zu dem Fazit, dass strenge Regeln weder die Leistung der Beschäftigten noch die des Unternehmens insgesamt steigerten.

Als Stimmungsmacher sind die Rückkehr-Regeln bislang jedenfalls nicht aufgefallen. Bei SAP gab es so viel Widerstand, dass der Betriebsrat vors Arbeitsgericht in Mannheim zog. Dort entschieden Anfang Juli die Richter: Die neue Regelung bleibt zwar erst einmal gültig, sie ordneten aber eine betriebsinterne Schlichtungsstelle an, die zu einer endgültigen Lösung kommen soll. Im Intranet der Deutschen Bank schlug dem Vorstand Anfang des Jahres eine Welle des Protests entgegen, als dessen Anwesenheitspläne bekannt wurden. Im Juli berichtete das *Handelsblatt* dann über ein Schreiben des Konzern- und Gesamtbetriebsrats, aus dem hervorgeht, dass Mitarbeiter der Bank weiterhin wie gewohnt im Home-Office arbeiten können, also an bis zu drei Tagen die Woche. Mit dem Betriebs-

rat werde zurzeit an einer neuen Regelung gearbeitet, heißt es aus dem Unternehmen. Nicht ausgeschlossen, dass die neuen Anwesenheitspflichten am Ende daran scheitern, dass sich die Leute einfach nicht daran halten.

GESTOPPTE ÜBERNAHME DER COMMERZBANK

Da fehlt jede Begründung

Von Meike Schreiber

Am Anfang und Ende jeder verkorksten Beziehung geht es oft um Kommunikation. So auch beim Versuch der italienischen Unicredit, die Commerzbank zu übernehmen. Während sich Unicredit-Chef Andrea Orcel von Berlin eingeladen fühlte, die zweitgrößte deutsche Privatbank zu übernehmen, sah man sich in Berlin überrumpelt. Unicredit griff bei der Privatisierung eines ersten 4,5-Prozent-Anteils zu und vermeldete: Man halte insgesamt neun Prozent und erwäge überdies die Übernahme der Frankfurter Bank.

Während Orcel seine Ziele offenbar nicht klar kommuniziert hatte, fällt die Antwort der Bundesregierung nun allerdings noch nebulöser aus. Am Freitagabend teilte die Finanzagentur des Bundes mit, sie werde keine weiteren Aktien an der Commerzbank verkaufen. Die Bank sei ertragsstark, ihre Strategie auf Eigenständigkeit ausgerichtet, was der Bund „bis auf Weiteres“ begleiten wolle. Was dort nicht stand, aber in Mailand so gelesen werden dürfte: Berlin stuft eine Übernahme der Commerzbank durch Unicredit als feindlich ein. Um dies zu verhindern, behält die Bundesregierung zwölf Prozent der Aktien. Und weil Orcel eine feindliche Übernahme ausgeschlossen hat, wird er sich nun wohl zurückziehen. Vermutlich wird so bald auch keine andere ausländische Bank diesen Schritt wagen, selbst wenn sich der Bund weiter schrittweise von den Aktien trennt.

Allen voran das FDP-geführte Bundesfinanzministerium schuldet der Öffentlichkeit nun aber eine Begründung für diesen massiven Eingriff in den freien Markt, der offensichtlich auf Wunsch der Commerzbank-Führung erfolgt ist. Schließlich hatte Finanzminister Christian Lindner noch vor gut zwei Wochen entschieden, die Commerzbank sechzehn Jahre nach der Finanzkrise zu privatisieren. Nun aber lässt er sofort den Rolladen herunter, nur weil mit der Unicredit eine andere europäische Großbank mit Präsenz und Erfahrung in Deutschland anklopft. Nicht etwa ein Investor aus dem systemfeindlichen China oder Saudi-Arabien, wo Widerstand leicht zu begründen wäre. Woher der Sinneswandel?

Bereits durchgesickert ist, dass Berlin sich wohl um Mittelstandskunden Sor-

gen macht, die im Fall einer Übernahme nicht mehr ausreichend mit Kredit versorgt würden. Dieses Argument bringt auch die Commerzbank-Führung vor. Zwei Mittelstandsverbände und mehrere Top-Ökonomen hingegen halten den Zusammenschluss aus Kundensicht für unproblematisch. Warum auch? Unicredit will die Commerzbank ja nicht abwickeln, sie würde also nicht verschwinden, und an der Wettbewerbssituation würde sich fundamental nichts ändern. In Deutschland herrschen mit Blick auf Kreditversorgung ohnehin eher Überkapazitäten. Mehrere internationale Banken und Landesbanken kämpfen um den Mittelstand. Was sich rechnet, findet in der Regel private Geldgeber, das gilt auch für die grüne

Es gäbe eine Erklärung, aber sie wäre auch ein Eingeständnis

Transformation. Im Fall von externen Schocks wie zuletzt die Corona-Pandemie springt das staatliche Förderbanken-System in die Bresche und verhindert unverschuldete Pleiten. Wenn überhaupt mangelt es Start-ups und Wachstumsunternehmen an Zugang zu Eigenkapital, daran aber hätte eine Übernahme der Commerzbank nichts geändert.

Es gibt allerdings ein wichtiges Argument, weswegen Berlin einen Zusammenschluss tatsächlich skeptisch sehen könnte: Es entstünde eine Mega-Bank, die im Krisenfall nur mit Steuergeld abgewickelt werden könnte, anders als dies die Regeln seit der Finanzkrise vorsehen. Und anders als es der freie Markt vorsieht, wo jene, die Gewinne einfahren, auch für Verluste haften sollten. Dann müsste man aber zugeben, dass die Bankenregulierung nach der Finanzkrise ihr Ziel verfehlt hat, wie es zuletzt 2023 die Beinahe-Pleite der Credit Suisse gezeigt hat.

Weil große Banken also nach wie vor mit großen Risiken für die Steuerzahler einhergehen, sollte die Bundesregierung bloß nicht wieder einen nationalen „Champion“ schmieden. Das ging schon einmal schief, als die Commerzbank die Eurohypo und dann – auf Wunsch der Merkel-Regierung – die Dresdner Bank übernahm. Danach musste die zuvor gesunde Bank in der Finanzkrise mit 16 Milliarden Euro Steuergeld gerettet werden.

Collonil

COVER-CLEAN-CARE-COMFORT



XM Cyber

A Brand of Schwarz Digits

Wir schützen Glanzleistungen.

XM Cyber schützt nicht nur Sneaker- und Schuhpflege Experte COLLONIL vor Cyberangriffen, sondern auch Ihr Unternehmen oder den öffentlichen Sektor.



xmcyber.com

See All Ways™

XM Cyber analysiert 24/7 alle Schwachstellen Ihrer Infrastruktur aus Sicht der Angreifer und zeigt auf, wie Sie effizient den Schutz Ihrer wichtigsten Daten und Systeme erhöhen. Beheben Sie priorisiert und in einem Schritt zahlreiche Schwachstellen, Fehlkonfigurationen und vieles mehr mit der führenden Lösung für Continuous Threat Exposure Management (CTEM). XM Cyber läuft auf der vertrauenswürdigen und sicheren STACKIT Cloud aus Deutschland.

SPD fordert „Abwrackprämie 2.0“

Vor dem Autogipfel im Wirtschaftsministerium verlangen Sozialdemokraten und Gewerkschaften finanzielle Anreize für E-Auto-Käufer. Die FDP sieht das anders.

Berlin – E-Auto-Modelle mit Managern auf der Rückbank werden am Montag wohl nicht vor dem Bundeswirtschaftsministerium vorfahren. Das als „Autogipfel“ vermarktete Gespräch zwischen Robert Habeck (Grüne) und Vertretern von Deutschlands wichtigster Branche soll nur virtuell stattfinden. Um sich in die Videoschleife einzuwählen, braucht es weder Verbrenner noch Elektroauto.

Die Gewerkschaft IG Metall forderte vorab ein „schnelles, neues Förderpaket, das den Verkauf von E-Autos ankurbelt“, zitiert die *Bild am Sonntag* die Gewerkschaft. Ähnliche Wünsche kommen aus der Sozialdemokratie. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte eine „Abwrackprämie 2.0“ für Verbrenner ausloben, sagte Sebastian Roloff, Mitglied der Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, dem *Stern*.

Wer ein Elektroauto kauft, solle demnach bis zu 6000 Euro bekommen, wenn Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

man dafür einen Verbrenner stilllegt. Die Abwrackprämie 1.0 gab es nach der Finanzkrise 2009. Sie gehörte zum Konjunkturpaket, mit dem die damals schwarz-rote Bundesregierung die deutsche Wirtschaft stützen wollte. 2500 Euro bekamen Autokäufer, wenn sie ihr altes Fahrzeug verschrotten ließen. Die Subvention kostete die Steuerzahler fünf Milliarden Euro. Ökonomen

Die deutsche Autobranche schwächelt schon seit Jahren

haben für ein ähnliches Programm in den USA nachgewiesen, dass die dortige Abwrackprämie nicht dazu geführt hat, dass insgesamt mehr Fahrzeuge gekauft wurden. Die Menschen haben lediglich den Besuch beim Autohändler in die Monate vorgezogen, in denen sie die Prämie kassieren konnten.

Der Koalitionspartner FDP erteilte dem SPD-Vorstoß eine Absage. „Eine Abwrackprämie verzerrt den Markt, bevorzugt eine ohnehin geförderte Industrie und belastet den Staatshaushalt“, twitterte Reinhard Houben, der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Die Liberalen wollen stattdessen Wirtschaftsreformen umsetzen, die allen Unternehmen zugutekämen.

Die deutsche Autobranche schwächelt seit Jahren. Sie produziert mittlerweile rund 20 Prozent weniger als 2017. Die Industrie litt seitdem unter dem selbstverschuldeten Dieselskandal, der Corona-Krise, Handelskonflikten und Lieferengpässen. Die drei großen deutschen Autohersteller Volkswagen, Mercedes und BMW stehen derzeit alle unter Druck.

Nachdem Mercedes mitgeteilt hat, deutlich weniger Gewinn zu erwarten, fiel der Aktienkurs des Konzerns am Freitag um 6,8 Prozent.

Bastian Brinkmann